

Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER
FÜR ÖSTERREICHS FREIHEIT

Nr. 1

Jänner 1960

Preis S 3.-

FRANZ KITTEL:

Immer wieder Österreich!

Registrieren wir: Laubhornnamen der Ski-Weltklasse: Fünf Österreicher unter den ersten zehn; Triumph der Deutschemeister im Ausland; Weltensensation: Die Philharmoniker um die Welt; Vorsitzender des politischen Ausschusses der UN ein Österreicher; Österreich als ernstes Mitglied in der EFTA; Österreich baut Stahlwerk in Indien mit; Österreich bietet zum erstenmal seit 1945 Indien einen Kredit an; Pflügermann und Kamitz bei Nehru auf. Diese Liste könnte man beliebig fortsetzen. Die Aktivität Österreichs auf dem internationalen Parkett ist beispiellos. Wer von den Vorkriegs-Österreichern konnte sich damals in der sogenannten ersten Republik eine solche Entwicklung vorstellen. Wie hieß es damals: Österreich ist klein und unbedeutend, Österreich ist nicht lebensfähig, wir brauchen den Anschluß, Ungarn, Italien, Deutschland. Man diskutierte mit Minderwertigkeitskomplexen und sah nicht die gewaltigen Möglichkeiten, die dieses Land damals hatte. Man nützte sie nicht und das Volk mußte in Zeiten der Krise und der Arbeitslosigkeit an seinem eigenen Lande irre werden. Irgendwo anhängen, um existieren zu können. So entstand der Anschlußgedanke, der ja seit der Erklärung in St. Germain trotz Verbot durch die Alliierten niemals zum Versiegen kam.

Österreich steht auf eigenen Füßen. Österreich macht, gerettet durch die Koalition der staatstragenden Schichten unseres Volkes, eine nationale Politik im internationalen Raum, die den Großen die Achtung abringt. Österreich ist wirtschaftlich und politisch souverän, Österreich ist zur gleichen Nation unter den Nationen geworden, seine Stimme zählt

im Weltkonzert und wiegt nicht minder in den europäischen Integrationsbestrebungen. Österreich ist kraft seiner Neutrasas zum ersten Mal zwischen Ost und West geworden.

Diese Tatsache hat im österreichischen Volk ein Staatsbewußtsein erzeugt, nationale Würde entacht und eine Kraft hervorgerufen, die das Land zur Stärke und zur Größe führt.

In dieser Situation kann und muß Österreich die Koalition erhalten, ausbauen und festigen. Sie bietet die Gewähr, daß Rechts und Links den Willen der Wähler erfüllen, sie spricht für 90 Prozent der Bevölkerung, ihr allein gelingt der weitere Aufbau, die Stabilisierung der Verhältnisse, die Sicherung der Zukunft. Daß das Volk dies versteht und bejaht, haben die Wahlen immer wieder bewiesen, das Versagen der sogenannten dritten Kraft hat dies bestätigt.

In dieser Koalition hat die Österreichische Volkspartei ihre staatserhaltende und tragende Funktion auszuüben. Dies kann sie nur, wenn sie zu ihren Grundsätzen steht, wenn sie innere Krisen kraftvoll überwindet und immer wieder sich in gewohnter Stärke präsentiert.

In dieser Hinsicht bedarf uns in letzter Zeit manchmal bange Sorge. Da und dort sind Kräfte am Werk, die sich dieser Situation des Vaterlandes nicht bewußt sind und allzu leichtfertig das Schicksal der Partei aufs Spiel setzen. Gewiß, die Partei braucht Reformen. Aber alle Reform kann nur organisch sein und nicht mit Beschlüssen allein herbeigeführt werden. Die Reform kann sich aber auch nicht darin erfüllen, daß man da und dort Männer auswechselt. Auch das ist notwendig, aber es gilt vor allem program-

matisch sich zu äußern und das Konzept den Verhältnissen anzupassen, und dies geschieht dadurch, daß man die Zeichen der Zeit versteht, eng zusammenrückt und die Finger auf Wunden legt, die tatsächlich vorhanden sind. Allein aus Probleme zu suchen, deren Behandlung den oder jenen verdienten Parteimitgliedern oder -Funktionären vor die Tür setzt ist ein gefährliches Spiel, dessen Rechnung die Opposition genauso bezahlt wie, was noch viel schlimmer ist, das österreichische Volk.

Denn dieses Volk repräsentiert heute die Österreichische Volkspartei.

Denn sie war es, die entscheidende Rache- und Halbpolitik schon 1945 ablehnte und damit einer gerechten Lösung der Nationalsozialistenfrage das Wort redete, sie war es, die den wirtschaftlichen Aufbau mit eigenen Händen begann, ihr Fißl hat dieses Land über schwersten Nachkriegssorgen hinweggebracht, ihr Raab hat den Staatsvertrag mühsam, mit Zähigkeit und Klugheit errungen, ihr Karnitz hat die Stabilisierung der Währung und Wirtschaft erreicht, ihr Block hat den Wirtschaftsaufschwung und Wiederaufbau durch die mutig angegangenen Neubauten, wie der Autobahn, ermöglicht, ihre Wirtschaftspolitik bestimmte seit 1945 die Richtung unbestritten für die Verhinderung einer wachsenden Verstaatlichung, ihr verdankt der Mittelstand noch seine Existenz, sie hat das Kollektiv verhindert, die private Initiative erhalten und Kultur und Glauben vor dem kollektivistischen Einfluß sozialistischer Manager bewahrt.

An dieser Entwicklung hatten alle Anteil, die seit 1945, oft unter den schwierigsten Bedingungen, ihren Beitrag leisteten.

ten. Mancher der nun ganz Gescheiten hat sich in diesen Jahren mehr dem Aufbau seiner privaten Existenz unter Ausnutzung der Nachkriegsverhältnisse gewidmet, während die nun da und dort zum Abtritt empfohlenen Politiker für das Gemeinwohl, nicht zuletzt auch dieser Kritikaster, sorgen.

Wenn ich hier als einzigen Namen Weinberger nenne, dann sei dies zur Illustration dessen, was ich vorher sagte. Nein, liebe Freunde! Nicht reformieren

um jeden Preis und dabei nur zerschlagen und nicht aufbauen, sondern im Geiste des Solidarisismus bauen wir unsere Partei weiter als ein Bollwerk unserer österreichischen Nation gegen innere und äußere Feinde, gegen Kollektivismus und Kommunismus, für die Freiheit und den Bestand unseres Vaterlandes.

Möge von diesem Geiste der kommende Bundesparteitag beseelt und von einer Geinnung der Kameradschaft und Treue getragen sein.

bot „Du sollst nicht töten“ nie anders zu interpretieren versuchen. Allen leicht kommt man damit in Verdacht, Gottes Wort mißzuverstehen.

Strafen wir die Verbrecher mit größter Strenge und unerbittlicher Härte und häßen wir uns davor, selbst jemals Mitschuld an einem staatlich angeordneten Mord zu tragen. F. K.

Bayrische „Sympathiekundgebungen“

Bayern hat nicht allein 1963—1968 einen blutigen Einfallskrieg gegen Tirol und Österreich geführt. Damals wurde der Tiroler Landsturm zum erstenmal gegen die Landschinder aufgeboden. Bayern hat sich dann auch mit dem „Senzenkönig“ gegen Österreich-Tirol verbündet und die Tiroler feiern heute noch den **Annentag**, da sie 1763 die bayrischen Landschinder zum Land hinausjagten. Am liebsten trieben sie es aber in den Jahren 1806—1814. Kein Wunder, daß die zur Verzeiwung getriebenen Tiroler 1849 viernmal zu den Waffen griffen und den bayrischen Herren dreimal zeigten, wo der Herrgott das Land offen gelassen hat — nach Bayern.

Das große Erinnerungsfeiern an die Siege der Tiroler über Bayern und Napoleon fand bekanntlich am 12. September 1959 angesichts des Iselberges statt. Es fand sich auch ein Wolf im Schafspelz ein, der glatte Reden von bayrischer „Loyalität“ herunterharpelte. Die wahre Geinnung aber zeigte das bayrische Herz, als ausgerechnet zwei bayrische Herzöge des Hauses Bayern-Wittelsbach den Redakteur einer Tiroler Zeitung mit Ohrfeigen traktierten, als er den imposanten Festzug photographieren wollte. An diesem Festzug nahmen allerdings 20.000 Tiroler Schützen teil, die damals Zeugnis ablegten für ihre Treue zu Rot-Weiß-Rot und dem Tiroler Adler! Das paßt ansehnend den bayrischen Herren nicht und sie gerieten deshalb wohl in gereizte Stimmung, denn so etwas bringt heute in Europa kein anderes Land mehr ohne „Führerbefehl“ zustande. Wir sind neugierig, ob das Recht zur Ehre kommt oder ob man die bayrischen Anbiederungen bei allen möglichen Gelegenheiten, wo „Anschluß“ gemacht werden könnte, als „Gegenleistung“ buchen will. Bayern ohne Maske! Von Bayern ging ja schon einmal aus und es ist doch kein Zufall, daß Dachau in demselben Bayern liegt. Schließlich war ja auch Hitler bayrischer Geförder! Derselbe bayrische Brüderungsfreizeit hat dann auch den Namen Österreich verboten. Niemals vergessen!

Und wieder die Todesstrafe

Es muß erst ein Mann ein Mädchen erschließen, daß die Vertreter der Todesstrafe wieder ihren Schläger entdecken. Berührt es doch merkwürdig, daß es in letzter Zeit mehrere verabschauungswürdige Morde gegeben hat, die allerdings nicht ausreichen, um die Todesstrafe kategorisch zu verlangen. Das bloße gemeine Mordmord ist scheinbar zu wenig, der Täter muß noch zerschießen.

Nun schön, wie immer es sei, man kann verstehen, daß die besonders grausame und erbarmliche Tat des Mörders an der jungen Studentin alle Gemüter zum Schwert bringt und nach einer Verhinderung in Hinkunft schreit. Und was ist hier nabelegendes als die Wiedereinführung der Todesstrafe.

Ich habe in diesen Blättern wiederholt alle Argumente zusammengetragen, die gegen die Todesstrafe ins Treffen geführt werden müssen. Anlässlich einer Diskussion einer Wiener Tageszeitung im Fernsehen hatten sehr ernst zu nehmende Fachleute, wie der bekannte Wiener Rechtsanwalt Dr. Gürtler und der ebenso bekannte Kriminalist Oberpolizist Doktor Heger in knappen Sätzen treffend gegen eine Wiedereinführung der Todesstrafe argumentiert. Abgesehen davon, daß die Todesstrafe nicht abschreckend wirkt, wie an Hand von Zahlen nachgewiesen wurde, liegt die Gefahr des Justizmordes so nahe, daß man dieses Risiko nicht eingehen kann. Und schließlich gehört zur Wiedereinführung der Todesstrafe eine Verfassungsänderung, die wieder einer Zweidrittelmehrheit des österreichischen Nationalrates bedarf. Das sollte den Antragstellern auf dem Wiener Parteitag, einer ist selbst Volkvertreter, der andere Jurist, auch bekannt gewesen sein.

Die Ausführungen des Mannes, der in den letzten Jahren als erster jedem Mörder gegenüber gewesen ist und daher mehr als berechtigt wäre, für diese hartgesottenen Verbrecher den Tod zu verlangen, waren erschütternd und richtungweisend zugleich.

Dr. Hegers Ausführungen waren hülfslos und überzeugend.

Um so mehr enttäuschend anschließend die Äußerungen von Frau Dr. Margarethe Ottlinger. Sie hat lange und schwere Zeiten durchgemacht, stand selbst vor einem russischen Tribunal und, ohne die Details zu kennen, wurden ihr sicher dort Verbrechen angelastet, die als solche entweder nicht geschehen sind oder keine waren. Sie stand also unter der Todesdrohung durch ein Gericht.

Doch sie spricht für die Todesstrafe. Sie zitiert den Heiligen Vater und findet es richtig, Leben zu nehmen.

Es erhebt sich die Frage, wer darf das Leben nehmen? Was ist der Richter, der das Todesurteil verkündet, was ist der Henker? Sind das nicht gemeine Mörder, gemeiner als der Mörder selbst?

Dieser handelte in einem abnormalen, krankhaften Trieb, der Richter und der Henker handeln bei vollen Sinnen. Niemand hat das Recht, einem anderen das Leben zu nehmen. Notwehr, sagte sie.

Jawohl, aus Notwehr kann sich die Gesellschaft diese Verbrecher vom Halse halten. Für den Mörder Rogatsch lebenslanglich und keine Begnadigung, Lebenslanglich soll er seine Tat büßen durch ein hartes Leben, in dem er für die Gesellschaft arbeiten mußte. Schaffen wir jene Einrichtungen, in denen der Verbrecher sein Verbrechen sühnt durch harte zehntägige Arbeit im Tag, hartes Lager, keine Weihnachtsfeier und heitere Vorträge im Gerichtsgelände und Belohnung für gute Führung. Er soll täglich und stündlich an seine schreckliche Tat erinnert werden. Er muß wissen, daß es keine Instanz gibt, die ihm noch hilft. Sein Leben zu kürzen, ist ein Geschenk. Er soll es so lange tragen, bis sein Körper versagt und der Tod ihn holt. Lassen wir uns durch solche Morde nicht seinen Blick trüben. Wir sind gegen die Todesstrafe und man soll als Katholik das Ge-

Antifemitismus und Hakenkreuz

Die an sich lächerlichen Schmieraktionen auf jüdischen Bethäusern könnte man leicht übergehen und als Gegenstand von Maßnahmen der Polizei und Gerichte ansehen, wenn nicht, wie schon einmal vor Jahrzehnten, dahinter Kräfte stünden, deren Absichten leicht durchschaut werden können.

Auch in den Jahren vor 1938 waren nicht nur Nationalsozialisten aus eigenem Antrieb Anstifter und Durchführende solcher Aktionen, sondern standen auf der anderen Seite jene, die solche Aktionen als willkommenen Anlaß benutzten, um das Versagen der damaligen Regierungspolitik aufzuzeigen.

Daher in den kommunistisch regierten und verwalteten Ländern dieser Aktion, die schlagartig in der ganzen Welt einsetzte, mit der Bemerkung begegnet, daß bittorlig damit das Wiedererwachen des Faschismus damit dokumentiert werde, macht die Angelegenheit verdächtig und weist darauf hin, daß die eigentliche Gefahr gar nicht im Inneren zu suchen ist.

Die Rede des Antisemitismus sind ohne Zweifel vorhanden. Eine abgrundtiefe Haßpolitik gegen die Juden, die jahrelang forcierte „Juda verrecke“ und dieser Forderung in den Gaskammern und Liquidationslagern Nachdruck verlieh, ist nicht gänzlich zu beseitigen.

Doch liegen zwischen dem Beginn der nazistischen Verfolgungsbewegung und unserer heutigen Zeit Hekatonben von toten Juden, die noch immer anklagen und deren Anlagen nie verstummen.

Wir, die wir in den Konzentrationslagern mit ansehen mußten, wie man diese erbarmungswürdigen Geschöpfe grausam in den Tod betrete, wir können es einfach nicht begreifen, daß man den Überlebenden nicht ihre Ruhe gönnt und sie neuerdings in Angst und Schrecken versetzt.

Wer als ehemaliger Nationalsozialist heute noch den Kampf gegen das dezimierte Judentum mit Schmieraktionen, Drohbrieffen und dgl. führt, vergeht sich nicht nur gegen die Gesetze, sondern verliert verständigt er sich an der Menschlichkeit. Er hat jeden Anspruch auf Gnade, den wir seit 1945 vertreten haben, nunmehr verwirkt. Er gehört hinter Schloß und Riegel wie jeder, der als unverbesserlicher Krimineller nicht mehr besserungsfähig erscheint.

Wir betonen: Seit 1945 zählen wir zu jenen, die Neanche- und Haßpolitik ablehnen. Dort aber, wo völlig unbegründet neuerdings zum Kampf gegen eine Minderheit im Lande aus rassistischen Gründen

angetreten wird, fordern wir umschärfende Härte gegen jeden, der dabei betreten wird. Auch dann, oder vielleicht dann erst recht, wenn er, bewußt oder unbewußt, im Auftrag kommunistischer Provokateure handelt.

Es gibt für uns keine rassistischen Vorurteile. Wir werden uns vor jedem stellen, der wegen seiner rassistischen Herkunft

oder politischen Gesinnung Verfolgung erleidet. Selbst vor ehemaligen Nationalsozialisten sind wir schon gestanden und haben auch ihnen gegenüber diese christliche Hülftung bewiesen.

Wir sind daher auch weit davon entfernt, heute diese Hakenkreuzaktionen zum Anlaß zu nehmen, um alte Wunden aufzureißen.

Wir werden die Entwicklung beobachten und nach unseren Grundsätzen handeln.

Kamerad Leinkauf als Landespartei sekretär ausgeschieden!

Als Kamerad Leinkauf nach vieljähriger Haft wieder in seine Heimatstadt zurückgekehrt war, da stand er in vorderster Reihe jener, die sich um das harte Schicksal der politischen Opfer kümmerten. Er organisierte jene uns allen unvergesslichen Hilfsaktionen in der damaligen „Volksolidarität“ und leistete in dieser Funktion bedeutsame politische Arbeit für die österreichische Volkspartei. Als ehemaliger Angehöriger des Heimatschutzes war es für Leinkauf keine Frage, welchen politischen Weg er einschlagen sollte. Er stellte sich der ÖVP zur Verfügung und bald wurde er mit der Organisation unserer Kameradschaft betraut und schließlich in die Landesparteileitung als Landespartei sekretär berufen. Dieses Amt bekleidete er nun über zehn Jahre.

In diesem Zeitraum fielen die schwierigsten Knochensetzungen, die es seit 1945 gab. Aus dem ursprünglich improvisierten Parteiapparat wurde eine festgefügte Organisation geteilt, wiederholte Wahlen mußten für Wien und Österreich abgehalten werden und sie verliefen erfolgreich, verglichen mit der Entwicklung in anderen Bundesländern bestätigten dies, in allen diesen Jahren war Leinkauf immer zur Stelle in der Wiener Organisation.

Wie jeder Mensch im öffentlichen Leben, hatte auch Leinkauf Gegner. Nicht aus grundsätzlichen Erwägungen. Nein. Aber die Schwierigkeiten sind überwunden und heute stellt sich der Posten eines Landespartei sekretärs in den Augen vieler als erstrebenswerter Ruheposten dar, und so kam es, daß man selbst in der Öffentlichkeit wiederholt Vorschläge für Leinkaufs Nachfolge nannte.

Leinkauf gehört dem Wiener Gemeinderat und Landtag an, steht unserer Kameradschaft der politischen Verfolgten vor und hat daher ein nicht unbedeutendes politisches Arbeitsfeld. Nebenbei ist Leinkauf kein schlechter Kaufmann und was ist naheliegender, als daß Leinkauf den Weg in das Wirtschaftsleben sucht. Seine

Freunde haben ihm dies schon lange nahegelegt und so ist Leinkauf so weit, daß er, nach einer Erklärung in der Sitzung der Landesparteileitung am 23. Dezember 1959, mit 1. Februar in die Privatwirtschaft eintritt.

Wer damit glaubt, Leinkauf scheide aus der Politik, irrt. Der an sich vitale, kämpferische Leinkauf wird nunmehr, von den Fesseln des Parteiengestellten befreit, sehr aktiv im Zusammenwirken mit unserer Organisation seine Stimme erheben und mit seinen Freunden die Aufgabe unserer Bewegung noch intensiver erfüllen, Sauerbrot in der Partei zu sein.

Wir sind eine Gruppe mit einem klaren Konzept. Wir vertreten kompromißlos die österreichische nationale Idee, eine echte christliche Soziallehre, den Gedanken des Solidariismus, den die Gesamtpartei leider so schwer vermissen läßt. Wir streben nicht nach Mandaten und Posten, werden aber unsere Positionen in der Partei behaupten, als Mahner, Warner und Kündler. Diese Funktion haben wir von jenen übernommen, die mit Sorge in die Zukunft sahen, dazu sind wir von jenen legitimiert, die mit ihrem Tode ihren Einsatz für die Freiheit unseres Landes bezahlt haben.

Dieses Programm ist keines des Augenblicks, sondern nach ihm richtet sich unser Tun und Handeln, dieses Konzept verkaufen und verpfänden wir auch nicht gegen gut bezahlte Posten oder Mandate.

So wird Leinkauf nunmehr mit seinen Kameraden weiterhin die Politik der Partei mit beeinflussen, seine Stimme erheben und wo es nottut und frei von materiellen Überlegungen auch in Zukunft die Interessen der allezeit Getroffenen restlos zu vertreten bemüht sein.

Wir wünschen Leinkauf nunmehr auch beruflich jene erfolgreiche Tätigkeit, die er politisch seit 15 Jahren entwickelt hat.

Eindrucksvolle Versammlung der Wiener Kameradschaft

Die Landesversammlung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten in Wien

Im überfüllten Rittersaal des niederösterreichischen Landhauses fand am Mittwoch, den 9. Dezember 1959, die Generalversammlung des Landesverbandes Wien der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten statt. Der Vorsitzende Landesobmann LAbg. Gemeinderat Hans Leinkauf konnte zahlreiche Ehrengäste begrüßen, unter ihnen den Landesparteisekretär von Wien Minister a. D. Kameraden Lois Weinberger, die Nationalräte Min. a. D. Dr. Felix Hurdus, Erwin Machunze und Josef Reich, den Präsidenten des Wiener Landtages Karl Mühlhäuser, den Bundesobmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten Hofrat Anton Frisch sowie die Kameraden Sektionschef Kolara vom Bundesministerium für Unterricht, Präsidenten des Wiener Landtages Dr. Wilhelm Malanuk, Vizepräsidenten a. D. Dr. Höttl und alle Wiener Vorstandsmitglieder.

Nach einer erhebenden Trauerkundgebung für alle verstorbenen und in den Konzentrationslagern und Kerkern des Dritten Reiches um Leben gekommenen Kameradinnen und Kameraden wurden die Kommissionen gewählt und vom Vorsitzenden dem Berichterstatter des Vorstandes Kommerzialrat Franz Kittel das Wort erteilt. Der Bericht des Vorstandes gab ein kompetentes Bild der gesamten Tätigkeit des Verbandes. Kittel wies auf die Fülle der notwendigen Arbeit, Interventions- und Kommissions-tätigkeit sowohl des Landesobmanns Kameraden Leinkauf hin als auch jener Kameraden, die in der Rentenkommission beim Amt der Wiener Landesregierung als auch in der Opferfürsorgekommission beim Bundesministerium für soziale Verwaltung tätig sind. Es sind dies neben dem Landesobmann die Kameraden Haller-Heimann, Hyroß und Kittel. Mehr als 180 Sitzungen der Opferfürsorgekommission und 243 Sitzungen der Rentenkommission waren bisher notwendig, um alle Aufgaben bewältigen zu können. Tausende Akten wurden behandelt und es galt immer wieder in Einzelfällen den Kameraden beizuspringen.

Im besonderen verwies Kittel auf die in letzter Zeit immer schwieriger werdenden Fälle für Hinterbliebenen. Eine oft unvermeidliche Praxis führt dazu, daß der seinerzeit festgestellte kausale Zusammenhang zwischen Haftleben und Gesundheitschädigung nach Ableben des Opfers nicht mehr Anerkennung findet und daher diese Hinterbliebenen oft von der Opferfürsorge ausgeschlossen bleiben.

Gerade diese Fälle bedürfen besonderer Interventionstätigkeit.

Die Organisation selbst hält ihre Verbindung durch gelegentliche Zusammenkünfte und schließlich durch das Verbandsorgan „Der Freiheitskämpfer“. Der Vorstand tritt jährlich acht bis zehnmal zusammen und wendet den Fragen der Opferfürsorge und der Wiedergutmachung sein besonderes Augenmerk zu. Dies sind auch immer die Themen auf den Tagesordnungen seiner Sitzungen.

Über alle karitative Tätigkeit hinaus hat die ÖVP-Kameradschaft politisch Verfolgter ihre politische Aufgabe zu erfüllen, die sie nur im Rahmen der österreichischen Volkspartei erfüllen kann. Der ideelle Wert der ÖVP-Kameradschaft ist nicht zu unterschätzen.

Minister a. D. Kamerad Lois Weinberger überbrachte die Grüße der Partei, wobei er im besonderen zwei Gedanken Ausdruck verlieh. Er unterstrich, daß Voraussetzung aller Arbeit das Vertrauen und die Treue sei. Er verwies aber auch darauf, wie sich schon wieder die Kräfte von gestern formieren und rief auf, sich eng zusammenzuscharen.

„Sein Appell wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.“

Die Wiedergutmachungsforderungen:

In einem ausführlichen Referat nahm nun Bezirkshauptmann Hofrat Mohr zu den Wiedergutmachungsforderungen Stellung, die wir an anderer Stelle unseres Blattes wieder veröffentlichten. Hofrat Mohr gab ein anschauliches Bild über die bisherigen Leistungen auf dem Gebiet der Opferfürsorge, Haft- und Beamtenschädigung sowie der sonstigen Entschädigungsgesetze und stellte nur Bedauern fest, daß dies alles eben nicht ausreichte, da es noch eine Reihe von Gruppen gibt, unter anderen die Privatbediensteten und die Selbständigen, die bisher überhaupt von jeder Regelung ausgeschlossen waren. Die Forderungen der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten basieren auf dem Versprechen im ÖPG 1947, daß, wenn es die staatsfinanzielle Lage Österreichs zulassen werde, weitere Entschädigungen folgen würden. Des weiteren würden die Forderungen so gehalten sein, daß ihre Berechtigung von niemandem bestritten werden könnte. Mohr appellierte an Regierung und Parlament, Versprechungen, die sowohl in Regierungserklärungen als auch in feierlichen Beschlüssen des Parlaments festgehalten wurden, nun endlich zu erfüllen. Dazu ergänzend brachte Nationalrat Erwin Machunze in-

teressante Mitteilungen aus dem sogenannten Achterausschuß, der sich mit allen Entschädigungsfragen befaßt. Er verwies darauf, daß durch den Artikel 1 des Staatsvertrages die Republik eine Verpflichtung gegenüber den politischen Opfern eingegangen ist, der sie sich nicht entziehen könne. Es besteht daher die begründete Hoffnung, daß nunmehr eine schrittweise Bereinigung aller Fragen erfolgen werde und damit die berechtigten Forderungen der politisch Verfolgten ihre Erfüllung finden würden.

Nach Erstattung des Kassenberichtes durch Kameraden Vizepräsident Anton Hyroß, der ein eindrucksvolles Bild einer gesunden Verwaltung brachte, stellte Frau Abg. Nora Hittl den Antrag der Revisoren auf Entlastung des bisherigen Vorstandes.

Unter Beifall übernahm nun Kamerad Bundesobmann Hofrat Anton Frisch den Vorsitz zur Durchführung der ordentlichen Neuwahlen des Vorstandes. Sie ergaben einstimmig die Wahl folgender Kameraden:

Obmann: LAbg. GR Hans Leinkauf

Obmannstellvertreter: Kommerzialrat Franz Kittel und Zentralinspektor Haller-Heimann;

Beisitzer: Komm.-Rat Dr. Franz Filzitz, Hans Otto Fromm, Reg.-Rat Josef Führer, Vizepräsident Anton Hyroß, Prok. Ernst Jauschek, Hans Plechaty, Hofrat Raimund Penkar, Dir. Peter Winterstein;

Obmann der Kontrolle: Sektionsrat GR Nora Hittl;

Stellvertreter: Vizepräsident, Dr. Heinrich Höttl;

Schiedsrichter: Obmann: Dr. Otto Tiefenbrunner;

Beisitzer: Postdirektor Karl Veit, Hofrat Anton Stangelberger, Hofrat Dr. Adolf Prosch.

Nach Übernahme des Vorsitzes durch den wiedergewählten Landesobmann LAbg. GR Hans Leinkauf ernannte Nationalrat Josef Reich ein politisches Referat.

Reich ging von der üblichen Schablone politischer Tätigkeitsberichte ab und berichtete sehr persönlich über seine Eindrücke in einem volkdemokratischen Land. Dies gab ihm Gelegenheit zu interessanten Vergleichen. Besonders eindrucksvoll wirkten die Worte des ehemaligen Angehörigen der Deutschen Wehrmacht, der also nicht zum Kreis der NS-Opfer zählt, seine aufwühlende Schilderung von Auschwitz.

Seine ergreifenden, aber auch zielweisenden Worte fanden allgemein lebhafteste Zustimmung und zeigten jenen Weg auf, der beschränkt werden kann, ohne daß sich der ehemalige Soldat oder das politische Opfer etwas vergebens. Es gibt im freien Österreich so viel Gemeinsames, daß das Trennende überwunden werden kann und im Interesse der Demokratie und Freiheit nach überwunden werden muß.

Nach einer längeren Debatte konnte Landesobmann Leinkauf diese so harmonisch und im Geiste echter Kameradschaft verlaufene Generalversammlung mit nachstehender, einstimmig und mit Beifall aufgenommener Erklärung schließen.

Erklärung

Die Landesversammlung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten Wien, beschließt anläßlich ihrer Tagung am 9. 12. 1959 folgende Erklärung:

Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten beobachtet mit großem Interesse die Entwicklung im öffentlichen Leben und in der österreichischen Volkspartei.

Sie erinnert daran, daß es die Männer der österreichischen Volkspartei und hier im besonderen die politisch Verfolgten waren, die durch ihr Opfer legitimiert 1945 den Wiederaufbau unseres Vaterlandes unter den schwierigsten Bedingungen eines besetzten Landes begonnen haben und bis zum heutigen Tage in ununterbrochenem Aufstiege, dem Lande Wohlstand und Zufriedenheit brachten. Das erkrankte österreichische Staatsbewußtsein ist ein erfreuliches Zeichen dieser politischen Aufwärtsarbeit.

In dieser Situation glaubt die ÖVP-Kameradschaft feststellen zu müssen, daß in der österreichischen Volkspartei so gesunde Kräfte sich befinden, die mit den erprobten Männern des österreichischen Widerstandes zusammen Instanzen sind, auch weiterhin die Volkspartei zu tragen. Alle Parteireform kann nur von jenen Männern ausgehen und schließlich erfolgreich bewältigt werden, die selbst an der vordersten Front unseres politischen Kampfes seit 1945 gestanden sind. Wir lehnen jene ab, die nun glauben, in dieser Situation als Reformer auftreten zu müssen, ohne dazu jede wie immer geartete Legitimation zu haben.

Wir sehen in Österreich keinen Neonazismus und daher keine nationalsozialistische Frage. Der Nationalsozialismus hat in den Trümmern des Zweiten Weltkrieges sein Ende gefunden und ist zur nicht mehr Angelegenheit von ein paar Abenteurern, die keine politische Gefahr bedeuten, sondern lediglich Gegenstand von Verfolgungen zum Schutze unseres Vaterlandes

durch Innenministerium und Staatsanwaltschaft sein können.

Gegen solche Elemente, die durch ihr antifeierliches Verhalten unser Land in Schwierigkeiten bringen könnten, mit aller gebotenen Schärfe und Strenge vorzugehen, ist unsere kategorische Forderung. Nicht zuletzt richtet die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten einen ersten und nachdrücklichen Appell an Regierung und Parlament, endlich die berechtigten Wiedergutmachungsansprüche der politisch Verfolgten zu erfüllen. Wir haben als treue Österreicher immer auf die staatsfinanziellen Möglichkeiten Rücksicht genommen. Wir glauben aber, daß der Zeitpunkt nunmehr gekom-

men ist, um vor allem anderen den Opfern für Österreichs Freiheit das zu geben, was ihnen moralisch und materiell zusteht.

Hier bekennt sich die Landesgruppe Wien der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten zum Programm des Kuratoriums, unterbreicht dessen Wünsche und sieht einer baldigen Erledigung entgegen.

Zusammenfassend sei gesagt, daß die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten auch weiterhin ihre verantwortungsbewußten und patriotischen Aufgaben nachkommen wird, Wächter und Mahner zu sein auf dem Weg des nationalen Freiheitskampfes des österreichischen Volkes.

Aufschlußreiches aus dem Referat von Hofrat Mohr

Bisherige Leistungen für die politischen Opfer:

- a) Opferfürsorge 1945.
- b) Opferfürsorge 1947.

Dazu 11 Novellen:

1. u. 2. Novelle: Verbesserungen der Rentenfürsorge.
3. Novelle: Erweiterung des Kreises der durch das OFG bedürftigen Personen.
4. Novelle: Übernahme von Bestimmungen des Kriegseisengesetzes für bestimmte Renten und des Invalideneinstellungsgesetzes.
5. und 6. Novelle: Verbesserungen der Unfallrenten.
7. Novelle: Haftentschädigung, Haft- und Gerichtskosten.
8. Novelle: Haftentschädigung BFS
8. Novelle: Auszeichnung auf ursprünglich österreichische Staatsbürger.
9. und 10. Novelle: Sonderzahlung der Renten.
11. Novelle: Festfall der Fristen, Neue Anspruchsberechtigte, weitere Verbesserungen der Leistungen.
- c) Rückstellungsgesetz, insbesondere 7. Rückstellungsgesetz, Entschädigung privater Arbeitnehmer.
- d) Beamtenentschädigungsgesetz 1952: Bedingt durch § 4/6 BUG: „Ein Anspruch auf Nachzahlung entgangener Bezüge findet nicht statt“.
- e) Kriegs- und Verfolgungssachschadensgesetz (KVSG) und alle Verbesserungen des Kriegseisengesetzes (durch die Automatik auch für 1956 und 1961).

f) Auszahlung von Renten in der jährlichen Höhe von ca. 50 Millionen Schilling.

Nationalrat Hartl Wiener Parteiohmann

Am Landesparteitag der Wiener ÖVP am 17. 1. d. J. wurde, wie aus der Presse bekannt, Nationalrat Leopold Hartl zum Wiener Landesparteiohmann gewählt.

Landesparteiohmann Nationalrat Hartl kommt aus der christlichen Jugendbewegung, war auch nach 1945 in der österreichischen Jugendbewegung als Hauptreferent für Organisation tätig, gründet die ÖVP-Kameradschaft der Exekutiv deren Obmann er noch immer ist. Vorher war er als Sekretär der ÖVP in der Zeit das Büro des damaligen Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, Ferdinand Graf.

Hartl erwartet schwierige Aufgaben und es ist zu hoffen, daß es ihm möglich und gegönnt sei, diese zu bewältigen.

Demokratie

Aus Anlaß der Vereibung einer staatlichen Auszeichnung an unseren Kameraden Leinkauf, sah sich die Vorsitzende des Bundes der sozialistische Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Frau Nat.-Rat Rosa Jochman, welche auch Mitglied der Opferfürsorgekommission beim Bundesministerium für soziale Verwaltung ist, veranlaßt, unsere Kameraden Leinkauf im Zusammenhang mit den Weihnachtsfeiertagen herzlich zu beglückwünschen. In diesem Glückwunschschreiben stellte sie auch den Gedanken an aufrechten Gegner und objektiven, immer der Gerechtigkeit dienenden Menschen dar. Leinkauf, welcher sich schriftlich für diese Glückwünsche bedankte, stellte auch in seinem Schreiben fest, daß es für ihn eine hohe Auszeichnung war, gerade vom politischen Gegner so angesprochen zu werden.

Kuratorium: Wiedergutmachung unaufschiebbar!

Erfolgreicher Verlauf der Ländertagung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten in Wien

Das Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten tagte am 3. Dezember v. J. in Wien. Erschienen waren Vertreter sämtlicher Bundesländer und die Fachreferenten. Als Gast wohnte der mit den Fragen der Entschädigungsgesetze beauftragte und beschäftigte Nationalrat Erwin Machunze bei.

Die Tagung, die im Beisein des Bundesobmanns Hofrat Anton Frisch vom geschäftl. Bundesobmann Hans Leinkauf geleitet wurde, erbrachte eine ausführliche Aussprache über alle Probleme der Opferfürsorge und der Wiedergutmachung. An ihr beteiligten sich die Landesobmänner Hämmerle (Vorarlberg), Rupp (Niederösterreich), Bundesrat Rainer (Salzburg), Pumpennigg (Steiermark), ferner Hofrat Sattler (Burgenland), Hofrat Mohr (Niederösterreich), Vizepräsident Hyroß und Kommerzialrat Kittel (Wien), Nationalrat a. D. Gottfried Wunder (Kärnten).

Die Referate hielten der Bezirkshauptmann von Wr. Neustadt Kamerad Hofrat Dr. Mohr und Nationalrat Erwin Machunze. Sie befaßten sich, ähnlich der Wiener Tagung, ausschließlich mit den Fragen der Wiedergutmachung und der damit verbundenen 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz.

Die Debatte erbrachte eine Reihe von zusätzlichen Vorschlägen, über die wir später noch berichten werden.

Bei der nun unter dem Vorsitz von Landesobmann Hermann Hämmerle (Vorarlberg) durchgeführten Wahl wurden einstimmig wiedergewählt: Zum Bundesobmann Hofrat Anton Frisch, zum geschäftl. Bundesobmann LAbg. Hans Leinkauf, zum Obmannstellvertreter Nationalrat a. D. Josef Rupp. Neugewählt wurde als Bundesobmannstellvertreter der rührige und thätige Landesobmann der Steiermark Kamerad Pumpennigg.

In einem Arbeitsausschuß wurden ferner entsandt: Vizepräsident Hyroß, Kommerzialrat Kittel, Hofrat Mohr und Bundesrat Rainer.

Die neu gewählten Funktionäre versprechen auch weiterhin mit aller Tatkraft ihre Bemühungen für die Kameraden fortzusetzen und den Zielen der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten zum Durchbruch zu verhelfen.

Das Programm der Wiedergutmachung

(Entschließung des Kuratoriums der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten vom 3. 11. 1937. Diese Entschlie-

ßung wurde in der Kuratoriumssitzung vom 3. 12. 1939 neuerlich bestätigt).

Zur Präambel sei ergänzt, daß der Nationalrat in seiner Schlußbesitzung Sommer 1939 neuerlich die Notwendigkeit der Erfüllung der Wiedergutmachungsforderungen feststellte.

Gestützt auf die Entschließung des Österreichischen Nationalrates vom 18. Juli 1936, allen Personen, denen im Kampf um ein freies, demokratisches und unabhängiges Österreich, oder denen als Opfer der politischen Verfolgung in der Zeit vom 6. März 1933 bis 9. Mai 1945 ein Unrecht widerfahren ist und denen aus diesem größeren Schaden zugefügt wurde, eine Wiedergutmachung zu gewähren, und gerechtfertigt durch den im österreichischen Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 ausgesprochenen Verzicht Österreichs auf alle Ansprüche österreichischer Staatsbürger gegenüber Deutschland wegen erlittener Schädigungen während der Zeit der Annexion Österreichs gegen Deutschland, richtet die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten an die Bundesregierung und das Parlament die Forderung, das Werk der Entschädigung und Wiedergutmachung an den Opfern dieser Annexion durch gesetzgeberische Maßnahmen auf folgenden Rechtsgebieten ehestens abzuschließen:

Privatwirtschaft

1. Verbesserung der Entschädigung der politisch Gemäßigten in der Privatwirtschaft durch Übernahme der Bundeshaftung für die Erfüllung von Ansprüchen gemäß § 1 des Siebenten Rückstellungsgesetzes (Bundesgesetz vom 14. Juli 1949, BGBl. Nr. 237/49), die bisher nur deshalb un erfüllt geblieben sind, weil der Dienstgeber, bzw. dessen Nachfolger im Sinne des § 8 des zitierten Gesetzes nicht mehr bestehen.

Öffentlicher Dienst

2. Verbesserung der Entschädigung der politisch Gemäßigten im öffentlichen Dienst durch
 - a) Abänderung des Beamtenentschädigungsgesetzes (Gesetz vom 18. Juli 1932, BGBl. Nr. 181/1932) in der Richtung, daß die Zurechnung von Familieneinkünften zum Einkommen des gemäßregulierten Bediensteten entfällt.
 - b) Abänderung des zitierten Gesetzes in der Richtung, daß die Bestimmungen, wonach Vertragsbedien-

steten die Entschädigung nur durch höchstens 24 Monate gewährt wird, entfällt.

- c) Abänderung des zitierten Gesetzes in der Richtung, daß die Entschädigung in allen Fällen nach jenem Teuerungsausgleich bemessen wird, der den vollen Ansätzen des Gehaltsgesetzes 1936 (Gesetz vom 29. Februar 1936, BGBl. Nr. 24/1936) zugrunde liegt.
 - d) Aufhebung des § 4 Abs. 4 des zitierten Gesetzes.
 - d) Ausdehnung der Anwendung des zitierten Gesetzes auf alle Beamten, denen Behinderungszeiten, die auf ihrem Entreten für den Gedanken des freien, demokratischen Österreich beruhen, anerkannt wurden.
 - f) Erhöhung des Gehaltsgesetzes 1936 in der Richtung, daß Beamten, welche nach dem Beamtenüberleitungsgesetz (Gesetz vom 22. August 1945, BGBl. Nr. 134/1945) oder gleichartigen Bestimmungen rehabilitiert wurden, mit dem Zeitpunkt des Übertritts in den Ruhestand eine auf die Ruhe- und Versorgungserlöse unzurechnbare Zulage in der Höhe von drei Vorleistungsbeträgen der Dienstklasse, in die sie zuletzt eingereiht waren, zukommt.
- Die gleiche Berücksichtigung hat nach dem Grundsätzen der Pensionsautomatik auch auf bereits im Ruhestand befindliche Beamte und versorgungsberechtigte Hinterbliebene von Beamten Anwendung zu finden. Es ist auch Vorsorge zu treffen, daß sie auf alle öffentlichen Bediensteten, für die das Beamtenentschädigungsgesetz gilt, ausgedehnt wird.
3. Vorsorge für eine einheitliche Maßnahme, wie sie nach Pkt. 2 f) für die Beamten beantragt wird, zugunsten der vermögenslosen Emoluenen von Invaliditäts- und Altersrenten mit dem Ziele einer entsprechenden Verbesserung ihrer Renten.
 4. Eröffnung der Anmeldefrist nach dem Dritten Rückstellungsgesetz bis 31. Dezember 1958.
 5. Entschädigung der politisch gemäßregulierten, wirtschaftlich selbstständigen Personen durch Schaffung eines bezüglichen Bundesgesetzes.
 6. Verbesserung der Entschädigung für erlittene Haft durch Erhöhung des monatlichen Entschädigungsbetrages

auf 100 Prozent der Unterhaltsrente nach § 11 Abs. 5 des Opferfürsorgegesetzes in der Fassung der 11. Novelle.

7. **Erhöhung des abzugsfähigen Betrages** nach § 9 Abs. 1 des Opferfürsorgegesetzes auf die jeweilige Höhe der Unterhaltsrente nach § 11, Punkt 2 dieses Gesetzes.

Was die Begründung für die im Vorstehenden festgehaltenen Verbesserungs- und Abschlußwünsche der politisch Verfolgten in der ÖVP-Kameradschaft betrifft, wird auf eine solche bei der eindeutigen Formulierung durch das Kuratorium in den meisten Fällen verzichtet werden können.

Dauerungsrecht bedürfen jedoch folgende Forderungen einer näheren Erläuterung:

Der Wunsch nach endlicher Entschädigung jener Privatangestellten, deren Ansprüche ins Leere gingen, weil der Dienstgeber nicht mehr existiert, ist in zahlreichen konkreten Fällen begründet. Der Vorschlag des Kuratoriums sieht vor, nach dem Beispiel der Entschädigungsgesetzgebung der Deutschen Bundesrepublik ein Eintreten des Bundes zugunsten solcher unentschädigt gebliebener Opfer der Verfolgung zu bewirken.

Bei der Ermittlung der Höhe der Beamtenentschädigung wurde es von zahlreichen Anspruchsberechtigten als Härte empfunden, daß sich die Maßnahme, durch die sich die deutsche Beamten-Gesetzgebung vorteilhaft von der österreichischen unterscheidet, nämlich die höhere Bemessung der Kinderzulagen, heute gegen die gemäßregelten Beamten auswirkt. Durch die Herausnahme der Familienzulagen aus dem Einkommen, das der Bemessung der Beamtenentschädigung zugrundeliegt, würde gerade diese Härte des Beamtenentschädigungsgesetzes, deren Tragweite sich erst in der Praxis herausgestellt hat, beheben werden.

Die Forderung nach Neubemessung der Beamtenentschädigung ist zuletzt begründet. Noch ist den Opfern in Erinnerung, daß die vierte Rate der Entschädigungen dadurch, daß ihre Auszahlung bereits in die Zeit der Geltung des Gehaltsgesetzes fiel, nach einem nicht mehr geltenden Teuerungskoeffizienten bemessen wurde. Mit dem Inkrafttreten des Gehaltsgesetzes galt via facti der Koeffizient 5,1, vom Zeitpunkt der vollen Erfüllung des Gehaltsgesetzes an sogar der Koeffizient 6,0, während die letzte Rate nach dem Koeffizienten 4,7 ausbezahlt wurde.

Wenn nunmehr der Wunsch nach Durchrechnung der Beamtenentschädigung nach Maßgabe des Koeffizienten,

der dem Gehaltsgesetz 1955 in seiner vollen Auswirkung zugrundeliegt, aufgestellt wird, so ist dies darin begründet, daß auch die Änästze des Beamtenentschädigungsgesetzes tatsächlich nur einen Bruchteil des materiellen Schadens vergüten, den die betroffenen Beamten erlitten haben. Nicht anders als im Opferfürsorgegesetz, muß auch hier angenommen werden, daß die ursprünglichen Ausschlägen nur als provisorische Maßnahmen zu werten sind. Eine Durchrechnung im beantragten Sinne wäre daher gerechtfertigt.

Die Aufhebung des § 4 Abs. 4 des Beamtenentschädigungsgesetzes hat zum Inhalte, die völlig unverständliche und

erreicht. Gerade eine solche Maßnahme könnte aber auch dem öffentlichen Dienstgeber tragbar erscheinen, weil sich die damit verbundenen Ausgaben auf längere Jahre verteilen.

Nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller politischen Opfer mußte die Forderung nach einer Vorrangstellung der gleichen Maßnahme zugunsten der Rentenempfänger aufgestellt werden.

Die Forderung nach Eröffnung der Anmeldefrist nach dem Dritten Rückstellungsgesetz und nach Erlassung eines Entschädigungsgesetzes für die wirtschaftlich Selbständigen beruht auf den gerechten Wünschen der betreffenden Opfer. Zur Verwirklichung des jetzt erwähnten Anspruches hat das Kuratorium einen Gesetzesvorschlag ausgearbeitet, der sich, vor allem in der Methode der Bemessung der Entschädigungen, an das deutsche Bundes-Entschädigungsgesetz anlehnt.

Die Begrenzung der Höhe der Haftentschädigung mit bisher 70 Prozent der Unterhaltsrente war aus der Finanzlage des Staates im Jahre 1951 zu erklären. Es ist anzunehmen, daß gerade diese Forderung, deren Erfüllung sämtliche in entsprechend langer Haft gewesene politischen Opfer zugute käme, bei den zuständigen Stellen wohlwollend aufgenommen wird.

Die Höhe des Betrages, der als Steuerbegünstigung vom Einkommen abgesetzt werden kann, ist seit Jahren unverändert geblieben. Diese Begünstigung hat demnach bei der allgemeinen Entwicklung der Kaufkraft einigermaßen an Wert verloren. Eine Wiederherstellung ihrer ursprünglichen Wirkung durch eine angemessene Angleichung an die gegenwärtigen Verhältnisse wäre daher angebracht.

Die in der Resolution zusammengefaßten Wünsche und Forderungen mögen vielleicht fürs erste weitgespannt erscheinen. Eine unvernehmene Prüfung wird aber ergeben, daß keine der Forderungen ihrer Begründung entbehrt und daß ihre Verwirklichung ausstrahlen ist, wenn die Anerkennung, die dem In- und Ausland den tapferen Gegnern des nationalsozialistischen Regimes zollt, ihren Ausdruck in einer einigermaßen angemessenen materiellen Entschädigung dieser Opfer finden soll. Die politisch Verfolgten lassen sich damit ihr Anspruch, Pioniere und Bannerträger des neuen Österreich zu sein, keineswegs abgeben. Das Leid und die Opfer an Leben und Gesundheit waren unter allen Umständen weit größer, als sich jemals in irgendeiner Währung der Welt ausdrücken läßt.

Abonnieren auch Sie den „Freiheitskämpfer“

Jeder, dem es wirklich ernst
mit seiner österreichischen Ge-
sinnung ist, unterstützt unseren
Kampf für Freiheit und Recht

unbegründete Limitierung der Auszahlungen unter dem Titel Beamtenentschädigung und Haftentschädigung aufzuheben.

Eine Ausdehnung der Anwendung des zitierten Gesetzes auf Beamte, denen Behinderungszeiten zuerkannt wurden, würde endlich den lange gehegten und sehr begründeten Wunsch jener Anwärter auf Mittelschullehrerposten usw. berücksichtigen, denen wegen ihres Eintretens für Österreich die Aufnahme in den pragmatischen Dienst versagt war, so daß die Begünstigungen des Beamtenentschädigungsgesetzes auf sie keine Anwendung finden konnten.

Die Forderung nach Zuerkennung von Rente an Beamte zum Zeitpunkt des Übertritts in den Ruhestand ist gerecht, da ein Teil der gemäßregelten Beamten die Altersgrenze für den Ruhestand nicht

R. POUKAR:

Vorschläge zur Parteiarbeit

Es sollte das Hauptbestreben der Österreichischen Volkspartei sein, in ihrer Politik alle unfruchtbare Diskussion um das Gestein und das Heute zu vermeiden. Überlegen wir Menz, was etwa die Wirkung der sozialistischen Propaganda auf die breite Masse ausmacht.

Es sind keineswegs die Einzelheiten, die ja zeitlich, national, lokal verschieden sind, mit den Umständen wechseln und oft schon durch eine geschickte Darstellung der umklümpelten Situation unter einer anderen Perspektive entkräftigt werden können. Die entscheidende Propaganda ergreift Geist und Gefühl weit mächtiger durch ihre Berufung auf das **Entwicklungsgesetz**, mit dem sie dem Lauf der Welt erklärt. Die Formulierung, die auch Stalin in seinen berühmten Aufsatz über den „dialektischen und historischen Materialismus“ anwendet, „der Sozialismus ist eine Wissenschaft“, trifft ins Schwarze. Auch bei jenen, für die Wissenschaft eine fremde und höhere Denkform bedeutet, ja vielleicht gerade bei ihnen.

Der Sozialismus ist eine Wissenschaft — das beweist ihnen nicht weniger, als daß die Forderungen und Schlüsse, die er für die Gesellschaft und ihre Entwicklung aufstellt, gleichsam naturgesetzliche Notwendigkeiten enthalten. Sie sind, so wird geschlossen, für jeden Denker unanfechtbar! Und wer wolle sich von den Denkenden erschließen?

Wenn alles das, was der Sozialismus ankündigt, aber logisch, selbstverständlich, unausweichlich herankommt, wenn Glück und Fortschritt sicher sind, sobald man nur dem Entwicklungsgesetz gehorcht, so begehrt, wer sich gegen den Sozialismus verdingt, nicht nur einen geistigen Irrtum, er steht auch seinem Glück im Wege.

Diese Kampfform und Methode zur Gewinnung der Masse ist richtig, schon wenn sie der Irrtum vorträgt. Um wieviel mehr muß sie zur Stütze eines von innerer Wahrheit getragenen Programmes verwendet werden!

Eine Lebenswelt, mit Schwung und Optimismus vorgetragene Zukunftsgestaltung, die ihren notwendig auf Phantasie und Vorausschau beruhenden Teil durch scharfe Präzision in der grundsätzlichen Motivierung und den technischen Details ausgleicht, ist die wahre Chance der ÖVP.

Wir folgen den wahren Lebensgesetzen. Das ist ein Schlagwort, das auch der Suggestion des Wortes „der Sozialismus ist eine Wissenschaft“ entgegentreten kann.

Die praktische Staats- und Volkswirtschaftslehre, die wir alle in den letzten dreißig Jahren am eigenen Leib erlebt haben, das, was also alle wissen, ist dabei die Grundlage, noch brauchbarer als jede andere theoretische Wissenschaft, um jedermann zu überzeugen, was das wahre Lebensgesetz Österreichs ist, was seine geistige und ökonomische Funktion in Europa und die österreichische Lebensform ist, die sich aus diesen Voraussetzungen ergibt.

Die ÖVP wird sich dabei durchaus aller Anschauungsmittel der Wissenschaft: der Statistik, der Geographie, der suggestiven Analogie mit den Entwicklungen in anderen Teilen der Welt bedienen. An Tabellen, Landkarten, Vergleichsziffern darf es ihr nicht fehlen. Man wird den Aufbau des Propagandafeldzuges vorteilhaft vorerst „mit dem Kopf des Gegners“ überdenken.

Was wirft die Linke der ÖVP vor? Daß sie die Partei der Reaktionen, des Faschismus, des Besitzes, der noch immer nicht abgedankte „Kloppfechter des Kapitalismus“ sei. Man gehe dem Begriff „Kapitalismus“ ebensowenig aus dem Wege, als der Klärung der Frage, was „Faschismus“ ist. Man mache es zu einem Gemeingut, daß der Lohnumsatz und die allgemeine Wirtschaftsbewegung der Unternehmen und des Grundbesitzes, soweit er sich nicht freiwillig in den Beginn einer modernen Siedlungskaktion stellt, die völlig überragende Bedeutung gegenüber den Betrügen der Aktionäre innehat. Man beweise aus den Statistiken den Unterschied des überwundenen unkontrollierten zu dem sozial beschränkten Unternehmertum, man stelle die fortschreitende **Demokratisierung des Kapitals** an dem Verhältnis der kleinen und großen Spareinlagen dar, kurz man beweise noch vor der Polemik gegen den Angreifer, daß er gegen Windmühlen kämpft, weil es ja diese überlebte Wirtschaftsform kaum mehr gibt und daß so die Reaktion eigentlich auf der anderen Seite zu finden ist. Auch mit dem Begriff des Faschismus — wie sehr er dem Totalitarismus des Östern in seinem Verhältnis zu den Grundrechten des Menschen, wie sie in der Atlantikcharta ausgesprochen sind, gleicht — gehe man ähnlich vor.

Dann aber werde man sich der positiven Darstellung zu, wie der Österreicher heute leben könnte und morgen leben wird.

Man führe Film vor, die als tatsächlich und wirklich sehen lassen, wie wir

in Österreich künftig siedeln werden wie die neuen Wohnhäuser mit Wohnungseigentum der Parteien in der Strasse aussehen können: mit den Einzelheiten ihrer inneren Einrichtung, mit den Erleichterungen für die Haushaltsführung mit allen Annehmlichkeiten, die geschickte Einteilung und guter Geschmack erzielen können. Man entwickle neue Pläne des Versicherungswesens, der Gesundheitspflege und der Altersfürsorge, man stelle ein großzügiges Kulturprogramm auf, drücke in Hunderttausenden von Exemplaren jedem Österreicher ein mit farbigen Bildern versehenes Bildlein in die Hand, in dem gezeigt wird, wie sich gleichsam von der Wiege bis zur Bahn sein künftiges Leben abwickeln kann. Jeder muß lesen, sehen und aus den beige gefügten Rechengrundlagen überprüfen können, wie es sein soll und wird, wie die neue Volksversicherung schon für die Geburt des Kindes sorgt, wie es vom Kindergarten und der Schule zur Fachausbildung und zur Hochschule geführt wird — je nach Talent und Anlage — wie Staat und Wirtschaft in neuen wirtschaftlichen Formen das Einkommen ihrer Mitarbeiter als festes Realeinkommen sichern werden — durch Organisation der Werkleistung und durch die Möglichkeit für jeden, der fachlich geschult ist, von langfristige Arbeitsverträge geschlossen hat, sich durch produktive Sachkredite in Kombination mit der Lebensversicherung sowasgen seine Zukunft und seinen Aufstieg vorweg zu „kapitalisieren“. Es muß gezeigt werden, wie die möglichst krisenfesten Konsumkraft der Massen auch dem mittelständischen Gewerbe neuen Aufschwung gibt, wie die Erhöhung der Bevölkerung gesichert wird, welcher Anteil am Kulturleben sicher ist, welche Förderung der Sport erfährt, was jedermann an Touristik und Reisen möglich ist.

Dieses Zukunftsbild freilich, das müßte am Ende der Darstellungen zu finden sein, ist nur durch den phantasmagorischen, optimistischen, bejahenden Ausgleich der Gegensätze zu erzielen. Auf dem Weg, der die Kategorie des Klassenkampfes als überlebt und überwunden weit hinter sich gelassen hat.

Mögen Stalin die Beobachtungen in Rußland sein Gesellschaftsbild als richtig erwiesen haben, eine Wissenschaft, die ungehindert die übrige große Welt beobachtet, kommt zu anderen Ergebnissen. Sie erkennt Entwicklungsgesetze, die persönliche Freiheit mit weitestem sozialen Fortschritt, persönliches Glück mit Hin-

gabe an die allgemeinen Zwecke verbinden. Man muß nur sehen und hören! Und wer, um dann ins Einfachste zu finden, nicht seinem Glück im Wege stehen will, der ergreife die Hand, die ihm dieses Buch überreicht hat, der folge der Stimme, die ihm seine Wissenschaft von Welt und Leben von der Flimmwand her erläutert oder vom Radio aus berichtet. Er trete in den Kreis der ÖVP.

Es ist klar, daß eine solche Darstellung, von der Person ausgehend an die Person gerichtet — ein richtiges *argumentum ad hominem* — nicht ohne sachliche und gedankliche Stütze in den allgemeinen österreichischen Möglichkeiten bleiben kann. Es muß also zugleich dargestellt werden — mit Bildern, Statistiken, Industriekarten, Tabellen der Wasserkraft, Bodenschätze und der Verkehrswege — was die sichere Folge einer richtig belebten österreichischen Funktion in Europa sein wird: Sein Fremdenverkehr, seine

Bedeutung als Verkehrsmittelpunkt, seine Einschaltung in das europäische Energiesystem.

Man schätze genau und sinnfällig die Aufstellungsmöglichkeiten des Experts aus Papier, Holzsaer, Erdöl, Elektrizität, man überrechne die Entwicklungsmöglichkeiten der Leichtmetallindustrie, den Ausbau der Wasserkraft und ihre Bedeutung für den allgemeinen Lebensstandard, die Ergiebigkeit der Erdölvorkommen, der erschlossenen, wie jener, die noch auf die Erschließung warten, kurz, man mache den österreichischen Reichtum von morgen so zum allgemeinen Gedankengut wie die Sicherheit des Untergrundes, wenn es nicht gelingt, von dem Heute ins Morgen zu finden. Das freilich kann keine kämpferische, zerstörende, nur eine ausgleichende und ausbauende, eine Politik der Solidarität und Humanität sein, eben eine Politik der österreichischen Volkspartei!!

„Splendid isolation“

Von Democracia

Mit einem wohl einstudierten, parteitagfüllenden Programm konnte Parteitagfüllenden seinen Genossen Anfang November in den Sofianälen aufwarten. Eine seiner Glanznummern, der EWG-Kraftakt, hat wohl vereinzelt Teilnehmern, die noch mit Spuren eigener Urteils- und Denkfähigkeit behaftet sind, ein wehes Gefühl im Magen verursacht; wenn auch die breite Masse wohlgezogener Parteitagdelegierter jene ergebene Claque geliefert hat, die gewohnt ist, die universelle Weisheit ihres jeweiligen Herrn kritikallos zu bestaunen.

Pittmann hat den Parteitag neben anderen persönlichen Auftritten, mit einer weitend perfidenen Attacke gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, und damit gegen Europa, gewürzt. Nun lassen unsachliche, hysterische Schwärzungen den Unbeteiligten vermuten, daß sich der Sprecher auf den Schlusssatz freut. Prompt glaubt man denn auch, den heftigen Unwillen des Vizekanzlers seien die EWG mit seiner jüngsten Funktion als Verstaatlichungsherrgott in Zusammenhang bringen zu müssen. Auch haben die freien Staaten Europas in Pittmanns Augen den unversöhnlichen Fehler zu wenig oder gar nicht roter Regierungen. Abgesehen davon, haben sie es gewagt, mit „kapitalistischen“ Methoden zur Konjunktur und zum Massenwohlstand zu kommen, anstatt sich einer „traff“ organisierten, staatlichen Planungsökonomie zu bedienen, die Pittmann den östlichen Machthabern nach-

rühmt und deren Überlegenheit er dekretiert. Wenn er vergleicht, daß die vorbildliche sozialistische Wirtschaftsführung in Rußland in weniger als „zehn“ Jahren (der „Sozialismus“ herrscht in Rußland seit mehr als „vierzig“ Jahren) zu den gleichen, für den Durchschnittsbürger vorzuziehenden Lebensrechnungen verhelfen hat, die der „Kapitalismus“ nach hundertjähriger Entwicklung zu bieten hat, so folgt daraus die Annahme: der österreichische Vizekanzler setzt den Lebensstandard und darüber hinaus die staatsbürgerlichen Rechte und Möglichkeiten der Bewohner des freien Europa gleich mit jenen der Bewohner der russischen Einflusssphäre — eine folgerichtigste, oder besser vorausgesetzte Ansicht für den Pittmannschen Vergleich, mit der er ziemlich allein dieserseits der eisernen Grenze dastehen wird, abseits von der kommunistischen Presse. Aber selbst wenn der Vergleich stimmen sollte, wäre nur eine hundert Jahre dauernde Entwicklung zum gleichen Ziel sympathischer als eine verkürzte Lösung unter Beiziehungs von Sklavenherden unter der Aufsicht von Meerkommandos.

Für marxistisch-materialistische Wirtschaftspolitiker bleibt Mensch und Menschenbüt natürlich unerheblich, wo es um den Beweis himmlischer Theorien geht. Dies ist notwendig zu erkennen, bevor Pittmann auf dem Exzerziertfeld österreichischer Industrie und österreichischer Arbeiter, nach dem russischen

Planregiment, das ihn so begeistert, zu experimentieren beginnt.

Herr Pittmann sollte endlich wissen, wenn er den Mund aufstut, daß daraus zwei reden müssen, der Parteipolitiker und bedauerlicherweise der Regierungspolitiker. Selbst am Parteitag nur einen davon reden zu lassen und nur diesen in der Öffentlichkeit zu hören, wird schlecht bedingungsunmöglich sein. Nun ist es halt nicht jedermanns — leider auch nicht Pittmanns — Sache, diese Tatsache entsprechend zu berücksichtigen.

War die Explosion demagogischer Unsachlichkeit als Parteimanöver produziert, ist sie verheerend. Die Delegierten wollen gern in dem starken Mann am Rednerpult selber stark sein. Das radikale Umstecken vom Europagelächel landfremder Internationalisten zum völkischen Einsiedlerkrebs macht die Geruchskulisse trainierter Funktionäre ebenso willig mit, wie den Salto vom wütenden Atheisten zum biederen Kirchengänger. Außerdem lenkt inszenierter Lärm draußen vom Geräusch im eigenen Gemüsch ab. Der Versuch, die Volkspartei von außen in demokratische und nichtdemokratische Parteigänger zu gruppieren, ist ein altes Steckenpferd Brandts, das dieser geschickt zu reiten vermeint. Auch am Parteitag hat er diese Löshaberei nicht lassen können und immer wieder an nicht näher definierte Volksparteiartikel appelliert. Mit ruhiger Gelassenheit kann sich unsere Volkspartei in ihrer Geschlossenheit diese Fünfte-Kolonne-Versuche gefallen lassen. Sie ist so stark im Volk verwurzelt, daß sie sich sogar ohne Schaden einige wenige Neo-Aasler mit Linksdrahl leisten kann, die mangels eigener Ideen glauben, im Gewand verrotteter Klassenkampfklammotten, die unsere Ruten schon vor Zeiten als unbrauchbar weggeworfen haben, einen verführerisch lockenden Eindruck zu machen.

Als Parteimann, der angibt, die Arbeiterschaft zu vertreten, hat Pittmann etwas unberührt gewütet. Schon dem jungen Landwirtschaftsminister Dollfuß war es klar geworden, daß dieses Europa zwischen den Blöcken des Ostens und Westens nur dann wirtschaftlich, kulturell und politisch bestehen kann, wenn es zur Einheit findet und sich auf sein eigenes Ich bezieht. In visionären Zügen zeichnete er das Gesicht dieses kommenden großartigen Europa vor dem begeisterten, in stürmischen Beifall der christlichsozialen Delegierten am Bundesparteitag im April 1931 in Kärnten: Erlösung vor wirtschaftlicher Depression und politischem Angsten — die einzig denkbare Lösung unserer Situation, die Gemeinut verantwortlich und denkender Politiker geworden ist. Und nun das Gesicht Pittmanns, das mit seiner bisherigen agrar- und gewerbefreundlichen Politik

gegen die wirtschaftlichen Voraussetzungen einer Autarkie systematisch gerichtet hat, um andererseits aus machtpolitischen Erwägungen die Konzentration von abhängigen Arbeitnehmern in Großbetrieben mit Exportabhängigkeit zu fördern. Diese Betriebe von ihren Absatzgebieten, justament aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen, vernichtet mit wüsten Ressentiments, zu trennen, verdient wohl eher den Verdacht der Verrätere, als die durch jahrzehntelanges bewährtes Verantwortungsgefühlsein gestählte Haltung der Volkspartei. Wehe, Pittermann, die Arbeiter erkennen das provokante Risiko deiner Jonglierkünste.

Der Weg zu Europa, auch wenn er über die „Kleine Freihandelszone“ zur EWG führt, wird auch von Österreich begangen werden, trotz Pittermann, trotz Kreisky. Und wenn die Besetzung der Zollchancen, wie in jedem Beispiel der Geschichte (die sonst so gerne von Marxisten als Königin der Wissenschaften gepriesen wird) erwiesen, zu allgemeinem Nutzen und Wohlstand geführt haben wird, werden Pittermanns und Kreisky nie etwas dagegen gehabt haben. So müssen wir uns über den Weg der kleinen Stöben quälen, die noch kreuz und quer zerstreut, nicht wissen, was sie gemeinsam wollen, wenn sie auch schon ihre speziellen Sonderstellungen kennen, die sie eifersüchtig auf Kosten der übrigen Gemeinschaft behalten wollen und, nicht zu übersehen, die Belastung Englands mit dem Commonwealth tragen müssen, das in dieser Gemeinschaft mit Abstand der Stärkste ist und ja schon öfter verstanden hat, bei gemeinsamen wirtschaftlichen Bindungen zum eigenen Vorteil eine Hand frei zu behalten, und sei es die Hinterhand.

Als Staatsmann gesprochen, und die Pittermannschen Äußerungen unverantwortlich. Die Übernahme des „Anschlusses“ aus der politischen Terminologie läßt die eventuellen Weiterungen noch gar nicht ahnen. Diese Fehlverwendung offeriert bei Gelegenheit den Feinden Österreichs geradezu einen brillanten Wortschatz. Irgendwie wird man an die Wortschreie des Marxismus-Leninismus erinnert, die es lieben, zur Verwirrung der Geister das gleiche Wort mit den verschiedenen, differenzierten Inhalten stur und büßartig immerwährend zu wiederholen. Daß Anschluß die Aufgabe der Elementarität bedeutet, weiß sicherlich auch der Politiker Pittermann, daß davon bei wirtschaftlichen Übereinkommen nicht die Rede sein kann. So bleibt als Motiv nur die politische Zweckmäßigkeit.

Trotz wiederholten Hinweisen, daß unsere Neutralität nur militärisch zu verstehen ist, wird der Status der Schweiz bei Bedarf zitiert, ohne zu merken, daß

dieses Hilfsmittel von dem häufigen Gebrauch durch österreichische Regierungsmitglieder schon weidlich abgenutzt erscheint. Nur wenn es um unser Bundesheer und das Budget für die Landesverteidigung geht, fällt den lieben Sozialisten die neutrale Schweiz nicht ein! Und daß wir nicht das Bankhaus Europas sind, — nicht sein können, weil die konkreten vorhandenen Voraussetzungen durch die hirnlose Zertrümmerung der Donaumonarchie und die systematische Terrorpolitik eines mächtigsten Antisemitismus zerstampft wurden — sollten gerade die Sozialisten wissen.

Kreisky glaubt erst dann Österreich an eine Wirtschaftsgemeinschaft heranziehen zu können, wenn dieser alle europäischen Staaten angehören. Kreisky wörtlich genommen, heißt das, unter Einbeziehung der Volksdemokratien und auch Rußlands, denn auch Rußland nimmt einen nicht unbedeutenden Raum des geographischen Europas ein. Wie segensreich und aktiv eine Gemeinschaft mit solcher Zusammensetzung ist, dafür haben wir Beispiele. Nun mag für eine politische Versammlung gelten, daß ein Erfolg ist, wenn nichts geschieht; für ein wirtschaftliches Gremium wird das wahrscheinlich kein Vorzug sein. Meint

Kreisky aber nur das freie Europa, dürfen wir ihn belehren, daß ein Minister klar und eindeutig zu sprechen imstande sein soll, um keine Mißdeutung aufkommen zu lassen. Wollen wir aber warten bis auch die Oststaaten das Altribut verdienen, verschwindet der gemeinsame Wirtschaftsplan in nebligen Fernen. Wenn Pittermann mit Gefolgsmännern Kreisky glauben, eine Westorientierung der Wirtschaft wäre gefährlich (falsch!), sollen sie weiterdenken. Dann würden sie zur Vorstellung kommen müssen, daß eine weitere Produktion, die nach Westen nicht mehr abfließen kann, notwendigerweise nach Osten wird fließen müssen und Österreichs Betriebe auf Gedeih und Verderb den östlichen Mächten ausliefern. Erst die Betriebe, das ganze Land! Das ist die große, die einzige Gefahr! Daß der Ostmarkt zwar unbeschränkt aufnahmefähig ist, uns aber weder in Waren, noch in Valuta ein Äquivalent zu bieten hat, müßten wir aus Erfahrung schon gelernt haben. Und wie ein Land das andere durch großartige Bestellungen und in der Folge gehörige Guthaben aufbauen kann, hat Hitlerdeutschland vor 1938 dem kleinen Österreich vordemonstriert.

Schluß folgt

Der „deutsche Sprachraum“ geht um

Im Finden und „Durchgeben“ zugkräftiger und propagandistisch wirksamer Schlagwörter waren die Deutschnationalen immer stark. Und so ist es ihnen in kurzer Zeit gelungen, dem gut getarnten und zweckbetonten Slogan vom „Sprachraum“ in den Gebildetenjungen einzuschleusen, gleichsam „durchzuschleusen“, so daß man diese Formel in Erlassen, Ministerreden, Essays unbedingt gutgeheißen und erprobt, Österreichern finden kann; um so erstaunlicher, da ja bei einigen Zusehern, die als „Gesamtdeutschum“ getarnte Fußsolen der Schusschnige-Zeit leicht erkennbar ist. Hat sich das Wort einmal eingebürgert, so werden nach dieser Vorhutetappe neue Stellungen bezogen und ausgebaut werden. Der Begriff „österreichische Nation“ soll nicht nur belächelt, gegebenenfalls totgeschwiegen oder ausgeblendet, sondern auch umzogen werden. Aus dem tirolischen „deutschen Sprachraum“ würde bald ein „deutscher Kulturraum“ und schließlich ein „deutscher Staats- und Schicksalsraum“ werden mit der bekannten Parole „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“. Nicht alle Verantwortlichen gebrauchen das Wort vom „österreichischen Volk“ derart oft und eindeutig, wie es der Herr Bundespräsident in seiner Neujahrsbotschaft 1960 getan hat. Die österreichi-

sche Nation weiß das und sagt ihm den richtigen Dank dafür. Andere dagegen weichen offenen Bekenntnissen aus und werden sich nicht wundern dürfen, daß man auch ihnen im entscheidenden Augenblick „ausweicht“.

Auch die deutsche Hochfinanz weiß, daß aus dem „deutschen Sprachraum“ schließlich ein „deutscher Einheits- und Wirtschaftsraum“ werden muß, sie tun natürlich auf der ganzen Linie (bis zur Wack- und Propagandazettel ihrer Marktprodukte) mit, und unsere Justiz, Schonwieder- und Kryptos haben einsehen gelernt, daß ihre schlechteste und laviierende Taktik (mit der sie auch Parteihäupter ließen) viel wirksamer ist als Büllewurfen und Brücken sprengen. Das Wort vom „deutschen Sprachraum“ als gesamtgebildeten Dreh im Undenken zur „Sprachnation“ erscheint uns weit gefährlicher als „Schmieraktionen“, die erst durch die Hysterie einiger englischer Büllewurfer zu einem sehr wirksamen Propagandamittel wurden. — Wie haben unsere Gegner unsere großen Ideen um Männer umgebracht? Sie schwiegen einfach tot. Werfen wir auch das tirolische Wort vom „deutschen Sprachraum“ zu den Kadavern des „Tausendjährigen Reiches“.

D.

Wien

**Johann
Kraus**

Kodak

Alleinvertrieb in Österreich

**Wien 3,
Rennweg 12**

Telephon 72 56 04

CARO-WERK
GESELLSCHAFT M. B. H.



WIEN XIV,
LÜTZOWGASSE 12-14
T E L E F O N 92 16 18

Pottensteiner

Tuchfabrik

GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG



WIEN I, SALZGRIES NR. 21

Bauunternehmung

Josef Takacs & Co.

Wien XII, Tivoligasse 32

Telefon 54 64 09, 54 54 47

Friedrich Wolf

KOMM.-GES.

Technisch-
mechanische
Werkstätten

Wien 14, Lützowgasse 3-5, Tel. 92 41 07

HEINZ Rudolf

Antennenbau-Spezial-Werkstätte

Autoradio, Aufzubehör

Wien XIV, Hütteldorfer Straße 86

Telefon 92 35 17, 92 35 27

Burgenland



Eisenstadt, Ruster Straße 14, Telefon 338

Drahtanschrift: Landesellerei Eisenstadt

*Wir empfehlen
unsere
Qualitäts-
Faß-
und
Flaschenweine*

Rudolf Wentzel

O. H. G.

LEBENSMITTELGROSSHANDEL

EISENSTADT, ST. ANTONSTR. 23

Eisenstädter Bank

AKTIENGESELLSCHAFT

empfiehlt

sich

Niederösterreich

**Institut B. M. V.
der Englischen
Fräulein**

ST. PÖLTEN, LINZER STRASSE 11

R. Thiery

Gasthof „Richard Löwenherz“

Dürenstein a. d. Donau, N.-Ö.

ALFRED LÖW & CO.

Färberei

POTTENDORF-LANDEGG, N.-Ö.

**PIARISTENKONVIKT
KREMS / DONAU**

nimmt Schüler für Gymnasium,
Realgymnasium und Realschule
auf.

TELEFON 92

Oberösterreich

Bauunternehmung

Ernst Hamberger

TIEF- U. HOCHBAU

GESELLSCHAFT M. B. H.

Linz, Bürgerstr. 11

park/
Hotel
linz austria

*Öffentliches Krankenhaus
„Barmherzige Schwestern“*

LINZ, HERRENSTRASSE 37

Tiroler Kunstverlag
CHIZZALI

Innsbruck, Sillgasse 21

ANSICHTSKARTENVERLAG

**MIT DER
ELEKTRISCHEN BAHN**



**Linzer Elektrizitäts- und
Straßenbahn-Aktiengesellschaft**

Bahnhof-Gaststättenbetriebe



KARL und PAULA MURTH



Linz an der Donau

Tragt das

**Verbandsabzeichen**Rheuma
Kinderlähmungganzjährig
geöffnet**Rheuma-Heilbad
Bad Schallerbach**

Oberösterreichische Glocken- und Metallgießerei

Gesellschaft m. b. H.**St. Florian bei Linz**Kirchenglocken aus Kupfer-, Zinnbronze bis zu den größten Dimensionen
Gegossene und geschmiedete SpezialbronzenNickel-, Aluminium-, Manganbronzen mit bedeutenden mechanischen Werten
Präzisionsguß nach dem „C“-Verfahren aus allen Baumetallen

Lagerweißmetalle — Lötzinn